

Linz, 17. Oktober 2025



GPF- Impfzuschüsse mit 1.1.2026 erhöht!

17 Euro erhalten pensionierte GPF-Mitglieder für Impfungen:

➤ **Pneumokokken, Gürtelrose** (Pens. unter 60 Jahre) **Zecken (FSME), Grippe**

Wenn Sie den Kostenbeitrag der GPF in Anspruch nehmen wollen, senden Sie den im Anhang beigefügten Antrag und die Rechnung für die Impfung innerhalb von 6 Monaten an unser GPF-Sekretariat, Daniela Stütz, Dürerstr. 15, 4030 Linz oder per E-Mail an daniela.Stuetz@gpf.at.

Zuschüsse von den Krankenversicherungen

Gürtelrose u. Pneumokokken für Personen ab vollendeten 60 Lebensjahr und Risikopatienten ab November 2025 gratis.

- Für unter 60jährige Pensionistinnen und Pensionisten gibt es von der GPF jeweils einen Zuschuss von dzt. 16 Euro, **ab 1.1.2026 17 Euro.**

⇒ **BVAEB+ÖGK**

FSME/Zecken: Die **BVAEB** leistet zur FSME-Impfung einen Zuschuss von **EUR 19,60** je Teilimpfung. **ÖGK-Versicherte** und deren mitversicherte Angehörige haben Anspruch auf **EUR 4,80** pro Person.

Grippe/Influenza: Der Impfstoff wird über das Öffentliche Impfprogramm Influenza (ÖIP) gratis zur Verfügung gestellt. Es gibt daher keinen Selbstbehalt.

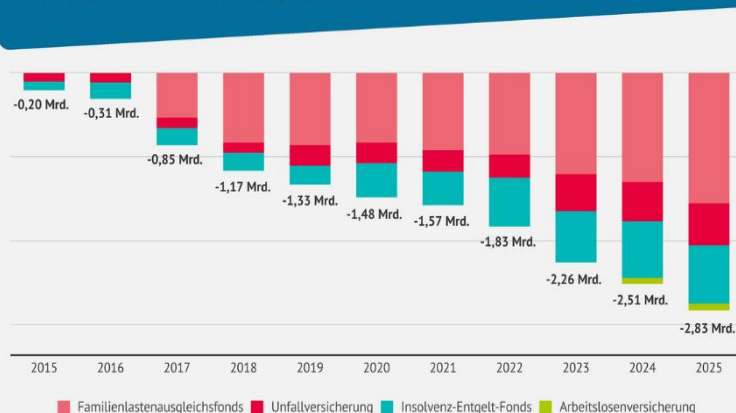
- ✓ Die GPF hat 2024 ca. € 2.000,- Impfzuschüsse an unsere Mitglieder rückvergütet.

„Lohnnebenkosten“ sind Beiträge zur Finanzierung des Sozialstaats! Einnahmenentfall beträgt 2025 beinahe drei Milliarden Euro jährlich!

Kürzungen der Lohnnebenkosten

2025 Mindereinnahmen von rund 3 Milliarden Euro

**A&W
blog**



Quelle: Statistik Austria, AMECO, eigene Berechnungen

Anmerkung: Berücksichtigt wurden folgende (teils schrittweise) Kürzungen: Familienlastenausgleichsfonds (FLAV) 4,5% auf 3,7%; Unfallversicherung (UV) 1,4% auf 1,1%; Insolvenz-Entgelt-Fonds (ESG) 0,55% auf 0,1%; Arbeitslosenversicherung (ALV) 3% auf 2,95%.

Arbeitnehmer:innen profitieren nicht von Lohnnebenkosten-Senkungen!

Die Lücke die durch Kürzungen in die Finanzierung des Sozialstaats gerissen wird, wird bis 2025 auf 2,8 Milliarden Euro jährlich steigen.

Wer laufend die Finanzierungsbasis des Sozialstaats kürzt, bürdet die Kosten für Krankheit, Pensionsvorsorge, Pflege, Bildung oder Arbeitslosigkeit dem Einzelnen auf.

Am Ende führt dies zu Gewinnsteigerungen bei Unternehmen auf dem Rücken

der Arbeitnehmer:innen, die ohnehin schon den größten Beitrag zu den österreichischen Staatseinnahmen leisten.